

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Christian Klingen

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Abg. Rainer Ludwig

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Energiepreisexplosion - Maßnahmenpaket zur Entlastung der energieintensiven Unternehmen in Bayern (Drs. 18/20550)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Energiepreisexplosion - Maßnahmenpaket zur Entlastung aller Unternehmen und Bürger in Bayern (Drs. 18/20647)

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir nur zur Abstimmung kommen, wenn die Diskussion über diese beiden Dringlichkeitsanträge vor 18:00 Uhr beendet wird. Ich gebe nun Herrn Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CSU)

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Themen Energiepreise und Energiepreisexplosion sind heute nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung, aber nach wie vor sehr akut. Die Explosion bedeutet bei Strom plus 40 %, bei Diesel plus 31 % und bei Rohöl plus 61 %. Das sind Indikatoren, die uns Sorge bereiten. Dies ist natürlich in Bezug auf die Inflation fatal. Dies ist fatal für die Menschen in Bayern, insbesondere für junge Familien und Rentner, aber natürlich auch fatal für den ländlichen Raum und brutal für die Wirtschaft, vor allem für die energieintensiven Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Dadurch

sind Arbeitsplätze und damit wieder junge Familien, aber natürlich auch der Wirtschaftsstandort Bayern betroffen.

Sie kennen das Beispiel Wacker Chemie, das wir schon allzu oft aufgegriffen haben. Ich möchte heute aber besonders die Glasindustrie in den Fokus nehmen. Kollege Baumgärtner hatte in Oberfranken Gespräche mit Unternehmen. Wir konnten das auch in der Presse verfolgen: Über 2.000 Arbeitsplätze befinden sich beim Unternehmen Heinz-Glas und noch einmal 2.000 Arbeitsplätze beim Unternehmen Wiegand-Glas. Diese Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen und drohen mit Schließungen oder mit Verlagerungen ins Ausland. Schuld daran ist der Erdgaspreis, den wir momentan haben, aber auch der Strompreis. Genauso sind aber noch andere Branchen wie Baustoffe, Chemie, Nichteisen, Papier und viele, viele mehr betroffen. In all diesen Bereichen wurde aufgezeigt, was es für die Situation insgesamt und darüber hinaus bedeutet, wenn Lieferengpässe entstehen.

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, das alles sind aber Branchen, die sich nicht irgendwo in München befinden, sondern das alles sind Branchen, die im ländlichen Raum zu Hause sind und dort Wirtschaftskraft abbilden und vor allem die sehr wichtigen Arbeitsplätze vorhalten.

Wir hatten heute die Aktuelle Stunde zur Transformation der Industrie zur Klimaneutralität. Das ist etwas, was mittelfristig angelegt ist; darüber waren wir uns heute einig. Die Situation ist aber dramatisch und akut. Ich möchte jetzt keine Vorwürfe machen und Schwarzer Peter spielen, ob die alte Regierung dafür zuständig war oder die neue Regierung zuständig ist. Beide können nichts für die Situation, weil diese aufgrund der Rahmenbedingungen so akut geworden ist.

Ganz klar ist aber, dass die jetzige Ampel-Regierung die Möglichkeit hat, sehr kurzfristig für Entlastung zu sorgen. Deswegen fordern wir ein Maßnahmenpaket und die Abschaffung der EEG-Umlage. Natürlich haben Sie das als GRÜNE und als FDP schon

selbst gefordert. Der Unterschied ist aber: Wir wollen, dass die EEG-Umlage sofort abgeschafft wird, weil nur dann für die Unternehmen ein direkter Nutzen entsteht.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus geht es um die Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß, die wir schon mehrfach gefordert haben, aber auch um die Aussetzung oder die Senkung von Steuern und Abgaben sowie um Strompreiskompensationen und für die energieintensiven Unternehmen natürlich um Price-Caps. Wir brauchen einen um mindestens 4 Cent pro Kilowattstunde oder 40 Euro pro Megawattstunde reduzierten Industriestrompreis. Dies brauchen wir in Europa, um gegenüber Nordamerika, Südamerika oder mit asiatischen Standorten wettbewerbsfähig zu sein.

Die Beschleunigung des Inkrafttretens der Carbon-Leakage-Verordnung ist auch wichtig, weil wir jetzt schon feststellen, dass eine Abwanderung und Neustrukturierung stattfindet und Unternehmen flüchten und bei uns wegfallen.

Deswegen noch einmal der Appell an die Parteien im Landtag, die auch auf der Bundesebene Verantwortung haben, das Thema bitte nicht auszusetzen, sondern jetzt schnell zu handeln; denn wenn wir es nächste Woche wieder im Landtag behandeln, heißt dies, dass Sie wieder nichts gemacht haben. Sie haben jetzt die Chance, den Unternehmen zu helfen: in Oberfranken, im ländlichen Raum, aber auch in ganz Deutschland. – Danke.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege Kirchner. – Nächster Redner ist der Abgeordnete der AfD-Fraktion Christian Kligen.

(Beifall bei der AfD)

Christian Kligen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Was für die Bürger im Land in den letzten Monaten zur erdrückenden Gewissheit

wurde, ist jetzt auch bei den geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der CSU angekommen: Die Energiepreise explodieren. Strom, Gas, Benzin, Diesel – das kann sich bald kaum noch ein Normalverdiener leisten, von Geringverdienern oder Rentnern ganz zu schweigen. Die Strompreise haben sich im Vergleich zu den Preisen im ersten Halbjahr im vierten Quartal mehr als verdreifacht. 2021 werden sich die Preise für Erdgas sogar mehr als vervierfacht haben, stellt die CSU in ihrem Antrag erschüttert fest.

Nach diesem schockierenden Erweckungserlebnis möchte man etwas dagegen tun. Ein Maßnahmenpaket soll für Entlastung sorgen. Allerdings keine falschen Hoffnungen: Das soll nicht für die Menschen im Land gelten, sondern nur für die energieintensiven Unternehmen Bayerns. Klar: Die Regierungspartei CSU muss sich natürlich erst einmal um die eigene Wählerklientel kümmern.

Was das im Klartext bedeutet, wird im Antrag wie folgt umschrieben: "[...] und ein Abwandern der Betriebe an Standorte mit günstigeren Energiemarktkonditionen und weniger stringenten Klimaschutzanforderungen zu verhindern [...]". Bayerische Unternehmen sollen also an einer möglichen Flucht ins Ausland gehindert werden, indem man sie mit Ausgleichszahlungen für die exorbitanten Energiepreise ködert.

Der Handwerker, die Krankenschwester, all die schwer arbeitenden Menschen, die dieses Land mit ihren Steuern und Abgaben tragen, spielen bei der Entlastung offenbar keine Rolle. Als energieintensive Unternehmen werden nur das oberbayerische Chemiedreieck mit den Großkonzernen Wacker, BASF und Linde genannt. Aber auch bayerische mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe oder der Einzelhandel sind von erheblichen Mehrkosten betroffen, scheinen aber als Nicht-DAX-Betriebe in den Augen der Bayerischen Staatsregierung wohl weniger systemrelevant und daher von untergeordneter Bedeutung zu sein.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Klingen, Ihre Redezeit ist beendet.

Christian Klingen (AfD): Die AfD-Fraktion hat in jüngster Vergangenheit mehr als ein Dutzend Anträge zum Thema gestellt, die natürlich alle arrogant abgebugelt wurden.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Klingen.

(Das Mikrofon am Rednerpult wird abgeschaltet)

Herr Klingen, ich bitte Sie, das zu respektieren. Sie haben jetzt dreißig Sekunden überzogen. – Ich rufe nun den nächsten Redner auf. Das ist Herr Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Ich gebe noch mal kurz bekannt: Wenn wir die Abstimmung nicht mehr rechtzeitig schaffen, dann werden wir in der nächsten Plenarsitzung abstimmen. Die verbleibenden Dringlichkeitsanträge werden natürlich in die Ausschüsse verwiesen.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN ist alles falsch. Dort werden die Energiepreissteigerungen in Bayern und Deutschland angesprochen. Das ist aber kein bayerisches, auch kein deutsches Phänomen, sondern ein europäisches und weltweites. Es handelt sich um eine weltweite Energiepreissteigerung. Schauen Sie mal nach Asien; dort sind die Energiepreise noch weit höher als in Bayern und Deutschland.

Der nächste fachliche Unsinn im Antrag ist die EEG-Umlage. Die energieintensiven Betriebe sollen laut Antrag befreit werden. – Die energieintensiven Betriebe sind von der EEG-Umlage befreit. Das ist wirklich ein Quatsch ohne Ende. Allein in Bayern gibt es 400 Betriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind. Im Übrigen ist es schon längst beschlossen, dass die EEG-Umlage abgesenkt wird. Sie müssen das endlich einmal begreifen.

(Widerspruch)

– Herr Kirchner, ja, aber es ist halt so, dass das beihilferechtlich geplant werden muss. Die Bundesregierung will das einfach ordentlich erarbeiten und nicht wie die Staatsregierung hier oftmals: legal, illegal, scheißegal. Das ist nicht die Art von Politik der Ampel-Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch)

Der dritte Fehler ist die Behauptung einer durch die Energiewende bedingten Strompreissteigerung. Das zu behaupten, ist schon der größte Hohn. Diese Behauptung schlägt dem Fass den Boden aus. Alle Experten sagen, die erneuerbaren Energien senken den Strompreis. Im Antrag wird von einer durch die Energiewende bedingten Strompreissteigerung gesprochen, was einfach nur falsch ist.

Heute Morgen haben wir lange Zeit über eine Abschaffung von 10 H diskutiert. Sie waren wieder einmal dagegen. Sie wollen weiter an Ihrer Meinung festhalten, obwohl die bayerische Wirtschaft etwas anderes sagt. Gerade in der Winterzeit haben wir es mit gesalzenen Preisen zu tun, weil sie hier die falsche Politik machen.

Der vierte Punkt bezieht sich auf das Thema europäischer Industriestrompreis. Genau vor 14 Tagen, als wir das Thema im Wirtschaftsausschuss diskutiert haben, hat just an dem Tag die Europäische Union neue Beihilferichtlinien in Kraft gesetzt. Dazu sind 700 Verbände abgefragt worden. Nach einem langen Prozess sind die Beihilferichtlinien beschlossen worden. Jetzt kommt die Regionalpartei eines kleinen Bundeslandes daher und will alles abschaffen und etwas ganz anderes machen. Ich sage Ihnen: Ziehen Sie diesen Antrag zurück! Sie machen sich mit solchen Anträgen lächerlich. Der Inhalt geht komplett an der Realität vorbei. Wie gesagt: Ziehen Sie ihn zurück. Wir werden ihn auf jeden Fall ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Sandro Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Stümpfig, ich stelle fest, dass Sie sich die Dinge gerne so zurechtlegen, wie Sie sie gerne hätten und brauchen. Damit verfremden Sie natürlich die Realität. Sie haben mich nun herausgefordert. Ich möchte von Ihnen etwas zur 10-H-Regelung hören. Sie bringen diese ja immer wieder. Sie träumen vermutlich von der 10-H-Regelung, selbst wenn Sie auf die Toilette gehen.

Der Landrat Scherf aus Unterfranken von den GRÜNEN hat in einem Zeitungsinterview mit dem "Main-Echo" festgestellt, dass die 10-H-Regelung ein sehr gutes Instrument ist. Heißt das praktisch, dass die GRÜNEN im Landtag Gegner der 10-H-Regelung sind und zu Hause etwas anderes vertreten? Wie ist das? Erklären Sie das einmal mit der Aussage des Landrats Scherf.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich weiß nicht, welche Zitate Sie aus Ihrem Landkreis bzw. Ihrer Region hervorziehen. Auf jeden Fall steht Jens Marco Scherf ganz klar für die Energiewende. Er tritt ganz klar dafür ein. Wenn wir mehr Landräte wie Jens Marco Scherf hätten, dann würde das der Energiewende guttun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion. – Sie hatten eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ja, ich habe noch eine Zwischenbemerkung. Bezeichnend ist, dass sich die Ampel-Regierung, welcher auch die GRÜNEN angehören, überhaupt nicht besonders stark für unsere Energieversorgung einsetzt. Wir sehen das gerade bei Nord Stream 2. Wenn man keine Alternativen hat, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn irgendwann die Energiepreise immer höher werden.

Zum Thema 10 H: Die Windkraft ist genau die falsche Lösung, womit Energie erzeugt werden könnte. Sie wissen, dass ein Kernkraftwerk, welches Sie auch in Bayern abschalten wollten, ungefähr so viel Strom erzeugt wie 2.500 Windräder, die im windarmen Bayern nicht besonders effizient sind.

Bestätigen Sie immer noch, was Ihr Kollege Trittin damals gesagt hat, dass uns diese ganze Energiewende so viel wie eine Eiskugel kostet? Oder haben Sie langsam auch einmal ein Einsehen, dass die Bürger in Bayern das nicht mehr bezahlen können, wenn sie an der Tankstelle auf den Preis von 1,70 Euro blicken, was zurzeit der Liter Diesel kostet?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Es ist fast 18 Uhr. Sie haben diese Fragen schon so oft gestellt, Herr Hahn, man kann es langsam nicht mehr hören. Wir haben es doch im Herbst an der Börse gesehen, dass die Energiepreise genau dann sinken, wenn viel Windstrom im Netz ist. Wenn es viel Gaskraft gibt, dann war es mit den Preisen genau das Gegenteil. Das ist meine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Frau Karl, nun kommen Sie an die Reihe.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Abgeordnete der AfD, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, ich fühle mich heute wieder wie in dem schönen Film "Und täglich grüßt das Murmeltier". Wir haben vor zwei Wochen, am 27.01.2022, im Wirtschaftsausschuss unter der Drucksache 18/19574 einen praktisch gleichlautenden Antrag debattiert. Dieser wurde von einer Mehrheit angenommen. – Jetzt ist er wieder da, nur um einige Worte geändert. Dafür fallen mir jetzt drei Erklärungen ein: Erstens. Euch ist einfach nichts Neues eingefallen. Zweitens. Die Staatsregierung muss alle zwei Wochen von den eigenen

Leuten aufgefordert werden, weil sie sonst nichts tut. Oder drittens: Ihr habt einfach vergessen, dass wir den Antrag schon hatten.

(Beifall bei der SPD)

Wie auch immer, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie liegt uns allen am Herzen. Ich habe das heute schon einmal ausdrücklich betont. Die Bundesregierung ist in dieser Hinsicht auch massiv unterwegs und braucht diesen Antrag auch zum zweiten Mal nicht, um aktiv zu werden.

Die EEG-Umlage wird schnellstmöglich abgeschafft. Von heute auf morgen geht das nicht, aber ich denke, in den nächsten zwei bis drei Monaten ist das erledigt. Also, Haken dahinter.

Die Stromsteuersenkung ist genauso zwischen den Koalitionsparteien in Berlin in Arbeit; dahinter machen wir auch einen Haken.

Der Carbon-Leakage-Schutz ist auch in Arbeit. Hier brauchen wir noch einige Verbesserungen, zum Beispiel für unsere Porzellanindustrie; das ist ganz klar. Das ist auch in Arbeit – Haken dahinter.

Der einzige Unterschied zum Antrag von vor zwei Wochen ist folgender: Selbst Sie haben begriffen, dass ein Industriestrompreis eine hochkomplexe beihilferechtliche Angelegenheit ist. Das hat die Vbw zu Recht auch schon oft genug betont. Sie reden deshalb im jetzigen Antrag nur noch von Optionen für einen Industriestrompreis. Ich kann Ihnen versichern: Auch diese Optionen werden auf Bundesebene bereits geprüft. Auch hier machen wir also einen Haken dahinter.

In Ihrem eigenen Antrag steht gar nicht der Beitrag, den die Staatsregierung selber leisten kann, um die Strompreise zu senken – ich habe darüber heute auch schon einmal geredet –, nämlich ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien. Wie gesagt, bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 83 % sinkt der Strompreis automatisch. Der Antrag ist deshalb überflüssig. Er fordert Dinge, die die Bundesregierung

bereits betreibt. Ich weiß, es muss frustrierend sein, selbst nicht mehr Teil der Bundesregierung zu sein; da kann ich Ihnen aber leider auch nicht helfen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Karl. – Nächster Redner ist Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der CSU-Antrag sieht ja echt gut aus und fordert ganz anständige Sachen: die Abschaffung der EEG-Umlage, die Senkung der Stromsteuer auf ein europäisches Mindestmaß und insgesamt ein Maßnahmenpaket gegen gestiegene Energiepreise. Das ist in Ordnung, gar keine Frage. Dann bin ich aber doch ein bisschen stutzig geworden, weil wir genau diese Anträge in gleicher Form im Juli 2020 gestellt haben. Die damalige Antwort von Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN war: Die grundsätzliche Abschaffung der EEG-Umlage ist weder realistisch noch sachgerecht. – Ihr scheint jetzt aber gut abgesprochen zu haben, dass es jetzt doch sachgerecht und dienlich ist.

Die Staatsregierung habe die Forderung zu einer Senkung der Stromsteuer auf ein europäisches Mindestmaß übernommen. Alles laufe vollumfänglich. – Das hat er damals schon gesagt; damals war es eben noch nicht so, sondern das kommt jetzt erst, nachdem die neue Regierung im Amt ist. Ich finde es echt toll, wie wir da zusammenarbeiten. Wir können uns gut daran erinnern, welche Anträge wir gestellt haben. Dass Ihr jetzt aber schon eine Schamfrist von anderthalb Jahren einhaltet, wundert mich; früher habt Ihr das nach acht Wochen gemacht; dann kamen die Anträge schon.

Wenn alles erledigt ist, warum kommt dann dieser Antrag? – Ganz ehrlich, da hat Annette Karl recht. Man merkt, dass die CSU-Fraktion insgeheim immer auf unserer Seite war und nun in der bundespolitischen Opposition ihre energiepolitische Programmatik wiederentdeckt. Den Forderungen stimmen wir durchaus zu; allerdings müssen wir noch einmal überlegen, ob wir ihm auch zustimmen können oder ob wir

uns enthalten. Das wissen wir noch nicht genau, weil wir nämlich nicht wollen, dass durch die Preisdeckelung für energieintensive Unternehmen – –

Übrigens hattest du vorhin die Keramikindustrie vergessen; mit ihnen hatten wir letzte Woche ein Gespräch. Sie brauchen übrigens hauptsächlich Gas; ihnen hilft nichts anderes. Wenn wir also für die Industrieunternehmen etwas machen – da sind auch viele Mittelständler dabei –, dann darf das auf keinen Fall dazu führen, dass das der Normalbürger finanzieren muss. Es darf nicht sein, dass die Strompreise oder sonstige durch die Decke gehen und dort nur die Industrieunternehmen bevorzugt werden. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Wir werden dem Antrag zustimmen, weil das ja unser eigener Antrag ist. Insofern machen wir das natürlich gerne. Jetzt kommt aber eine Zwischenbemerkung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte noch am Mikrofon bleiben. – Sandro Kirchner macht noch eine Zwischenbemerkung.

Sandro Kirchner (CSU): Albert, ich will deine hellseherischen Fähigkeiten nicht infrage stellen: 2020 soll schon klar gewesen sein, dass wir heute in einer dramatischen Situation sein würden, die inflationsbedingt ist und die die Aktualität entsprechend abbildet. – Ich würde insofern schon differenzieren. Der Antrag differenziert da auch sehr deutlich.

Ich bin aber schon der Meinung, dass wir feststellen, dass sich die Energiepreise und die Wettbewerbssituation durchaus unterschiedlich darstellen. Wir stellen fest, dass diese Entwicklung in Nord- und Südamerika momentan gar keine Rolle spielt. Im asiatischen Markt ist vielleicht eine Erhöhung da, im Vergleich zum Standort Deutschland aber marginal. Wir stellen auch fest, dass andere Länder um uns herum schnelle Erleichterungen schaffen können, indem sie Abgaben entsprechend senken und Dinge beschleunigen.

Die Frage ist schon, warum dann keine Dynamik hineinkommt, wenn das jetzt schon so lange in der Pipeline ist und wir hier im Haus in der jüngeren Vergangenheit mehr-

fach darüber gesprochen haben. Warum kann man die Dinge nicht schnell machen? – Wenn die Dinge irgendwann nächstes Jahr entschieden werden, dann ist die Situation vorbei.

Albert Duin (FDP): Lieber Sandro, es ist ganz klar so. Wir haben gerade gehört, was unser Freund Martin Stümpfig dazu gesagt hat. – Es war falsch, es war einfach falsch. Um uns herum, zum Beispiel in Osteuropa, steigen die Energiepreise nur sehr langsam. Es wird sofort darauf reagiert. Das ist richtig.

Du kannst von der neuen Ampel aber – ich muss sie da jetzt in Schutz nehmen – nicht erwarten, dass sie das, was ihr in vielen Jahren versäumt habt, in drei Monaten hinlegt. Das kannst du auch nicht verlangen.

Wir wissen, dass die Energiepreise weltweit anders funktionieren. Sie funktionieren auch deshalb anders, weil wir einfach diesen Wahnsinn gemacht haben: Bevor die erneuerbaren Energien sicher waren, sind wir aus der Kernkraft ausgestiegen. – Das war ein Fehler durch und durch. Gleichzeitig auch noch aus der Kohle auszusteigen – noch ein Fehler! Ich mache nichts kaputt, bevor ich nichts Neues habe. So sieht es aus! Dazwischen brauche ich eine Brücke. Dafür hätten wir die Kernkraftwerke gut weiterlaufen lassen können. Ich weiß, ich stehe damit ziemlich alleine. Ich stehe aber dazu: Wir hätten das machen müssen. Wir hätten das tun sollen. Wenn, dann zuerst aus der Kohle aussteigen – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit beachten!

Albert Duin (FDP): Wir müssen auf alle Fälle die Ressourcen der fossilen Brennstoffe für unsere Kinder und Kindeskinde aufsparen. Das wäre wichtiger gewesen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als nächsten Redner haben wir nun Herrn Rainer Ludwig, FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Male geht es heute um die Entlastung energieintensi-

ver Unternehmen. Das Thema ist akut, das Thema ist brisant. Die aktuell dramatischen Energiekosten, die Preisexplosion bei Strom, Gas und Kraftstoffen belasten Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen immens.

Eine bezahlbare Stromversorgung zählt nicht nur zu den Grundbedürfnissen der Bevölkerung, sondern ist eben, insbesondere in energieintensiven Branchen wie Porzellan, Keramik oder Chemie, auch Grundvoraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen.

Auch aus meinem oberfränkischen Wahlkreis kommen Notrufe von existenziell gefährdeten Unternehmen. Kollege Kirchner hat die betroffenen Unternehmen aus dem Landkreis Kronach genannt. Explizit geht es um die dort ansässige Glasindustrie.

Meine Damen und Herren, das sind gesunde, innovative und erfolgreiche Traditionsunternehmen, die in der Branche seit Jahren als Vorreiter für Nachhaltigkeit galten. Sie geraten jetzt in drastische Schwierigkeiten, weil normale Marktmechanismen nicht mehr greifen. Die Gewinne brechen massiv ein. Als Konsequenz werden die Investitionen verschoben und die Produktionsverlagerungen überdacht. Planungssicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Das unternehmerische Risiko steigt. Die dramatisch hohen Energiekosten stellen also im aktuellen Vergleich auch dort einen erheblichen Standort- und Wettbewerbsnachteil dar.

Um dem entgegenzuwirken, braucht es schnelle, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, ein nachhaltiges Entlastungspaket für energieintensive Unternehmen. Dazu gehört erstens die unverzügliche Abschaffung der EEG-Umlage – die Betonung liegt hier auf "unverzüglich" –, also jetzt. Zweitens muss die Stromsteuer auf den EU-weiten Mindestsatz gesenkt werden. Drittens fordern wir in unserem gemeinsamen Antrag einen Ausgleich für energiewendebedingte Strompreissteigerungen im Rahmen der sogenannten Strompreiskompensation sowie, viertens, die Einführung eines EU-weiten Industriestrompreises auf eben diesem international wettbewerbsfähigen Niveau.

Meine Damen und Herren, ich plädiere außerdem für eine Modifizierung und Nachbesserung der Carbon-Leakage-Verordnung. Wir brauchen eine Entlastung beim CO₂-Preis bzw. Augenmaß bei der Bepreisung. Wir müssen verhindern, dass unsere Spitzenunternehmen durch wettbewerbsschädliche Vorgaben ihren Standort ins energie günstigere Ausland und zu den dort geringeren Klima-Auflagen verlagern. Schon gar nicht dürfen wir diese Unternehmen in die Insolvenz treiben.

Meine Damen und Herren, ich habe deshalb den Wunsch und die große Bitte an die Staatsregierung, sich eindringlich und vehement auf Bundes- und EU-Ebene für unsere Forderungen einzusetzen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Außerdem bitte ich die Ampel-Regierung in Berlin, jetzt endlich den Turbo einzuschalten, damit hier etwas passiert.

Abschließend darf ich noch an die Adresse des Herrn Kollegen Stümpfig sagen: Für Ihre Logik, die Sie heute hier dargebracht haben, hat Ihnen schon unser Wirtschaftsminister ein großes Fragezeichen ausgestellt. Ihre Sichtweise war und ist befremdlich.

An die Adresse der AfD darf ich noch sagen: Ihr Dringlichkeitsantrag ist obsolet. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Abstimmung führen wir heute natürlich nicht mehr durch. Das werden in der nächsten Plenarsitzung tun.

Ich gebe noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt. Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Gemeinsam aus der Coronapandemie: Impfungen vorantreiben – Risikopatienten und Pflegebedürftige vor COVID-19 schützen – Rechtsstaat wahren!", Drucksache 18/20548: Mit Ja haben 29, mit Nein 70 Abgeord-

nete gestimmt. Es gab 9 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Staatsregierung darf Rechtsstaat nicht länger mit Füßen treten!", Drucksache 18/20645. Mit Ja haben 38, mit Nein 69 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/20551 bis einschließlich 18/20555 sowie der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/20648 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Auch die Behandlung des Tagesordnungspunktes 9 – das ist der Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Umwelt und Kulturlandschaft schützen – Atomausstieg verhindern!" auf Drucksache 18/18766 – wird verschoben.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe hiermit die Sitzung.

(Schluss: 18:12 Uhr)